

Pressemitteilung

Krankenkassen riskieren durch Verweigerung einer Finanzierung von Ausbildungsstätten Pflegenotstand.

Deutscher Pflegerat e.V. über das Scheitern der Verhandlungen mit der GKV zur Finanzierung der Ausbildungskosten in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen besorgt / DPR prognostiziert als Folge den Abbau von rund 10.000 Ausbildungsplätzen in der deutschen Pflege.

Berlin, den 8. November 2005

Die Erklärung der Selbstverwaltungspartner zum Scheitern der Vereinbarung von Richtwerten für die Ausbildungsfinanzierung nach §17 KHG ist für die pflegerische Versorgung in Deutschland nach Ansicht des Deutschen Pflegerates e.V. eine Katastrophe. Da heute qualifiziertes Pflegepersonal überall fehlt, kann die Entscheidung, die dringend notwendige Ausbildung junger Menschen in diesen Berufen nur mit unzureichenden Finanzmitteln zu versehen, langfristig zu einem Pflegenotstand in deutschen Kliniken und Pflegeheimen führen. „Qualifizierte Pflegeausbildung gibt es nicht zum Nulltarif. Hilfebedürftige Menschen – und diese nehmen zu – haben ein Recht auf sichere und angemessene Pflege. Wer den Krankenhäusern, die ja einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe verpflichtet sind, eine realistische Finanzierung verweigert, provoziert vorsätzlich die Unterversorgung und den Pflegenotstand“, warnte DPR-Präsidentin Marie-Luise Müller heute in Berlin. Der DPR habe sich verantwortlich zur konstruktiven Zusammenarbeit für die Abbildung bundeseinheitlicher Richtwerte ab 2006 bereit erklärt. Die gemeinsam mit der DKG erzielten Ergebnisse hierzu seien realistisch und orientierten sich an den gesetzlichen Vorgaben, so Müller weiter.

Der in den vergangenen Jahren bereits stattgefundenen Abbau von Ausbildungsplätzen, insbesondere im Pflegebereich, wird durch das jetzige Scheitern der Verhandlungen verschärft, da die Krankenkassen eine ausreichende Finanzierung verweigern. In Zeiten knapper Finanzressourcen werden nun die Ausbildungsträger mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten müssen. Dies ist in letzter Konsequenz: weiterer Abbau von Ausbildungsplätzen. Der DPR rechnet damit, dass als direkte Folge in den nächsten Monaten weitere 10.000 Ausbildungsplätze abgebaut werden.

Der Deutsche Pflegerat fordert daher die Bundespolitik auf, unverzüglich einen Ausnahmetatbestand zur Sicherung der Ausbildungsfinanzierung herzustellen. Von den Krankenkassen erwartet der DPR, mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um eine ausreichende Finanzierung in der Ausbildungsfinanzierung ab dem 1. Januar 2006 sicherzustellen. Als weitergehende Maßnahmen schlägt der DPR vor, dass der Gesetzgeber eine Expertengruppe zur Erarbeitung von Finanzierungsgrundlagen der Ausbildung unter Beteiligung des DPR einrichtet. Des Weiteren sollten für die Ausbildung gemeinsam mit DPR, den Selbstverwaltungspartnern und der Politik bundeseinheitliche Richtlinien in Form von Eckwerten für den Betrieb von Ausbildungsstätten auf der Basis des Krankenpflegegesetzes erarbeitet werden.

Pressemitteilung

Nach Ansicht des DPR muss so schnell wie möglich gehandelt werden: Denn der gesetzlich verankerte Versorgungsauftrag mit qualifizierten Pflegeleistungen für die Bevölkerung wird durch die jetzige Entscheidung gefährdet. Der ohnehin schon vorhandene Pflegepersonal-Notstand erfährt durch die nun fehlenden Ausbildungsplätze eine weitere Verstärkung, zumal gerade in den kommenden Jahren zunehmend mehr Pflegekräfte aus Altersgründen den Beruf verlassen.

Trotz umfassender und gründlicher Datenaufbereitung durch die DKG und den DPR sowie weit reichenden Plausibilitätsklärungen fehlt den Ausbildungsträgern die Sicherheit für planvolles Handeln in der Pflegeausbildung. Durch die veränderte Finanzierung von Gesundheitsleistungen, hier insbesondere der DRGs im Krankenhaus, sind die Krankenhausträger ohnehin in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Jetzt setzen sie sich durch die Ausbildung im Gesundheitswesen einem zusätzlichen Kostendruck aus, dem kaum ein Krankenhaus- und Schulträger standhalten kann. Der damit auch durch die Selbstverwaltung nicht mehr kontrollierbare Ausbildungsplatzabbau schreitet weiter fort.

Aufgrund der jetzigen Entscheidung wird es insbesondere bei privat betriebenen Pflegeheimen zu einer verstärkten Anwerbung und einem möglicherweise unkontrollierten Einsatz ausländischer, zumeist unqualifizierter Pflegekräfte kommen. Dies kann weder von politischer noch von Kostenträgerseite gewollt sein. Die Politik ist daher gefordert, hier schnellstmöglich eine Grundlage für eine auskömmliche Finanzierung herzustellen und damit ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz im Gesundheitswesen zu ermöglichen.

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus elf Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten in der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Weitere Informationen:

Deutscher Pflegerat e. V.

Geisbergstr. 39 10777 Berlin

Tel.: + 49 30 219157-0 Fax: +49 30 21 9157-77

www.deutscher-pflegerat.de